

Bis heute gehalten

Zu: „Ab nach Kassel!“, FR-Region vom 18. Juni

„Ab nach Kassel!“ ist ein Slogan, dem man unbedingt nachkommen sollte. Die mannigfachen Gründe hat der Autor Andreas Hartmann ja bereits aufgeführt wie Schloss Wilhelmshöhe, der Bergpark mit seinen Wasserspielen und aktuell natürlich die Documenta. Außerdem liegt Kassel eingebettet in einer wunderschönen nordhessischen Wald- und Mittelgebirgslandschaft.

Wo aber hat der Spruch „Ab nach Kassel“ für Menschen, die man gerne loswerden will, seinen Ursprung? Im Krieg 1870/71 zwischen Deutschland und Frankreich (Schlacht bei Sedan) wurde Napoleon III. gefangen genommen und im Schloss Wilhelmshöhe bei Kassel interniert. Durch die Öffentlichkeit ging damals eine Karikatur, die weit verbreitet wurde, auf der Moltke und Bismarck zu sehen sind, und am Rand steht ein Wegweiser mit der Aufschrift „Kassel“. Die beiden weisen auf das Schild, und darunter steht: „Ab nach Kassel“. Wegen dieses außergewöhnlichen deutschen Triumphs hat sich das unglaublich verbreitet und bis heute gehalten.

Wolfgang Schnepf, Freigericht

Der Dank der AfD

AFD-Parteitag: „Höckes langer Marsch“, FR-Politik vom 20. Juni

Einige TeilnehmerInnen des AfD-Parteitages, die in wichtige Positionen gewählt wurden, werden sich wahrscheinlich bei Björn Höcke mit den Worten „Danke, mein Führer“ bedankt haben.

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen politischen Themen. Livestream:

www.fr.de/hebelstunde
Donnerstag, 30. Juni, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

SORRY

In der Meldung „Neues Flüchtlingsmuseum in Dänemark eröffnet“ (27.6., S.19) sind wir sparsam mit Nullen umgegangen. So kommt es, dass in einem dänischen Flüchtlingslager „etwa 35 000 der 25 000 Deutschen“ untergebracht gewesen seien, die am Ende des Weltkriegs nach Dänemark geflohen waren. Die zweite Zahl muss korrekt lauten: 250 000.

Wenn zwei das Gleiche sagen, ist es noch lange nicht dasselbe

Documenta: „Der Schweinesoldat“, FR-Feuilleton vom 21. Juni, und „Wie Antisemitismus zur deutschen Sonderdisziplin gemacht wird“, FR-Politik vom 22. Juni

Auseinandersetzung ist dringend geboten

Was haben üble antisemitische Elemente auf einem riesigem Kunstwerk zu suchen, das eigentlich einen Beitrag zur Aufarbeitung der schrecklichen Suharto-Diktatur in Indonesien leisten sollte? Jetzt sind (fast) alle entsetzt und prangern das Konzept der diesjährigen Documenta an, ja es ist schon vom Abgesang der Documenta als solches zu hören und zu lesen.

Sie war schon vorher arg in die Kritik geraten, war und ist sie doch ein mutiger Schritt, Künstlern und speziell Kunstkollektiven des globalen Südens ein Forum zu bieten, ihr Verständnis von Kunst einem weltweiten Publikum präsentieren zu können. Alle, denen dieses Projekt schon immer ein Dorn im Auge ihres (westlichen) Kunstverständnisses war, melden sich jetzt zu Wort, und fordern harte Konsequenzen. Dabei wird m.E. vergessen, dass Antisemitismus und Christentum historisch eng zusammengehören, eher noch als der Islam und Judenfeindlichkeit. Gerade entschied ein deutsches Gericht, dass die „Judenau“ an der Stadtkirche zu Wittenberg nicht zu entfernen sei, sondern, versehen mit entsprechender Erläuterung als Mahnmal an ihrem Platz bleiben darf.

Und das ist nur eine von vielen derartigen antisemitischen „Kunst“werken im öffentlichen (Kirchen-) Raum in Deutschland. Luther wird immer noch als großer Deutscher und Reformator gefeiert, seine judenfeindliche Hetze wird meist in verschämten Nebensätzen erwähnt. Wenn da nicht mit zweierlei Maß gemessen wird!

Interessant fand ich die Äußerung des israelischen Soziologen Natan Sznaider (gelesen in der FR vom 23.6.), der sich gewünscht hätte, dass das im Zentrum der Diskussion befindliche Bild nicht von der Documenta entfernt würde, da Antisemitismus ein integraler Bestandteil der Moderne sei und nicht wegpädagogisiert wer-



Nach Antisemitismusvorwürfen gegen die „documenta fifteen“ wird eines der gezeigten Werke verhüllt.

EPD

den könne. Daraus hätte m.E. ein sinnvoller Diskurs entstehen können, ohne Verharmlosung antisemitischer Darstellungen oder Äußerungen. Ich selbst habe Kontakt zu Freunden und Künstlern z.B. aus Lateinamerika und bin immer wieder erschrocken, wie selbstverständlich mit antisemitischen Klischees gehandelt wird. Dabei handelt es sich zumeist um Menschen, die für sich ein kritisches und aufgeschlossenes Denken reklamieren. Also: Auseinandersetzung ist dringend geboten, der Holzhammer ist da eher kontraproduktiv, auch wenn eine klare Haltung gegen jede Art von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus das Ziel sein sollte.

Jochim Maack, Hamburg

Eine geradezu babylonische Verwirrung

Eigentlich wollte ich die diesjährige Documenta an mir vorbeigehen lassen. Aber nun bekomme ich sie jeden Tag frei Haus. Danke

der FR für die luziden Beiträge von Sznaider, Nutt und Lazar. Die Überschrift „Unerträglich“ des Leitartikels von Sandra Danicke kann ich leider nur als Kurzfassung hinsichtlich Rhetorik und Duktus desselben verstehen. Meines Erachtens herrscht in Bezug auf die Documenta wie auch ansonsten (Gender, Ukraine, Corona) eine geradezu babylonische Sprach- und nun auch Bilderverwirrung. Ich könnte wetten: Hätten die Documenta-Verantwortlichen in die Auswahl im Vorfeld eingegriffen, wäre dies medial als Übergriffigkeit eines nordwestlichen Kulturimperialismus gecancelt worden, der sich schämen sollte. Nun müssen sie sich für die Kuratoren fremschämen.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass das neue Buch „Zwei Enthüllungen über die Scham“ von Robert Pfaller zeitgleich in der FR besprochen wurde. Wo, wann und nach welchen Kriterien fangen Eingriffe an, zu Übergriffigkeiten zu werden? Wenn zwei das

Gleiche sagen, ist es noch lange nicht dasselbe – und möglicherweise sogar das Gegenteil. Dass, ebenso zeitgleich in der FR eine Leserbriefdebatte zum BGH-Urteil zum „Wittenberger Schmäherelief“ tobt, spricht Bände.

Vielleicht hilft Konfuzius weiter: „Wir müssen die Begriffe richtig wählen, sonst ist das Gesagte nicht das Gemeinte.“ Und wir müssen eingedenk bleiben der möglicherweise sogar kulturell unterschiedlichen Assoziationen, die Begriffe und erst recht Bilder auslösen. Wie Svena Flaspöhrer im Philosophie-Magazin in anderem Zusammenhang fordert: „An die Stelle des Reflexes die Reflektion zu setzen“. Günter Harmeling, Idstein

Beharrliches Schweigen der Politik

Einspruch, Herr Bundespräsident! Sie sagten bei der Eröffnung der documenta 15 in Kassel sinngemäß: Man kann die Politik Israels kritisieren. Nein, Amts- und Mandatsträger in der Bundesrepublik können und/oder wollen es nicht. Wann haben Sie selbst in Ihrer Zeit als Bundesaußenminister je die völkerrechts- und auch menschenrechtswidrigen Verdrängungs-, Vertreibungs- und Entrechtungsmaßnahmen der israelischen Regierung kritisiert oder gar dagegen protestiert? Fast möchte man einen Preis aussetzen für denjenigen, der eine solche Stellungnahme aus dem genannten Personenkreis aufweisen würde. Und dann wundert man sich, dass an der Stelle, wo die verantwortlichen Politiker beharrlich schweigen, andere laut werden.

Noch dazu hat eine Mehrheit im Bundestag beschlossen, bestimmte vorab definierte Meinungsäußerungen hinsichtlich der Politik Israels als antisemitisch einzustufen. Hat man je geklärt, ob der Bundestag hier gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung verstoßen hat? Und hätten Sie als Bundespräsident nicht sogar eine solche Überprüfung einfordern müssen? Dieter Reitz, Mainz

Politischer Opportunist

Zu: „Politische Gezeiten in der Westbank“, FR-Politik vom 18. Juni

Wenn die israelische Regierung mit Hilfe des Militärs palästinensische Kleinbauern mitsamt Familien vertreiben lässt, weil sie keinen Grundbuchauszug vorweisen können, entzieht sie ihnen gezielt die Existenzgrundlage. Wer wie der Antisemitismusbeauftragte der hessischen Landesregierung, Uwe Becker, Kritik an dieser eindeutig rechtswidrigen Praxis nicht im israelischen Kerngebiet, sondern in besetzten Westjordanland reflexartig als Antisemitismus diffamiert, ist in Wahrheit kein Freund Israels, sondern ein politischer Opportunist, der der israelischen Regierung nach dem Mund redet.

Hans Schinke, Offenbach

Mit einer klaren Sprache

Zu: „Das neue deutsche Judentum“, FR-Feuilleton vom 28. Mai

Gleich zu Beginn des stimmigen Beitrags steht der Satz: „Wie ist es um die heute lebenden Juden und Jüdinnen in Deutschland bestellt?“ Nach unserer Überzeugung leben heute in Deutschland in der gemeinsamen 1700-jährigen Geschichte ausschließlich deutsche Mitbürger:innen jüdischen Glaubens und eben nicht Deutsche und Juden, Deutsche und Katholiken, Deutsche und Muslime. Eine solche immer noch andauernde (weil es wohl eingängig zu formulieren ist) scheinbare Widersprüchlichkeit in Pressemitteilungen verführt den Leser zur Hybris: „Ach ja, das sind ja nur die Juden, die gehören ja eigentlich nicht zu uns.“

Antisemitismus hört dann (vielleicht) auf, wenn wir eine

klare Sprache finden. Wir sollten nicht von Jüdinnen und Juden in Deutschland reden, sondern von Mitbürger:innen jüdischen Glaubens. Solange wir in Überschriften und im Text von Juden und Deutschen schreiben und damit Gegensätze und andere Ressentiments attribuieren, werden wir wenig erreichen: Sprache macht eben Gesinnung.

Dazu ein selbst erlebtes Beispiel: Nehmen wir uns die belgische Fremdenführerin in Antwerpen zum Vorbild. Sie gibt auf die Frage, wo denn die Juden in diesem Gold-Viertel seien, die verblüffende Antwort: „Wir haben hier in Antwerpen keine Juden, sondern nur belgische Mitbürger jüdischen Glaubens!“

Josef Hanel, Detmold

Ein weiteres Opfer

Sanktionen gegen Russland: „Kein großer Wurf“, FR-Meinung vom 23.6.

Ich wollte beim Bäcker meines Vertrauens eine Russenbrezel kaufen. Dieses Gebäck mit Zuckerguss und Mandelscheiben ist im Südwesten Deutschlands bei jedem Bäcker zu haben. Es erinnert an eine wohlthätige Königin aus dem Hause Romanow. Zu meinem Erstaunen waren die Brezeln laut Verkaufsschild umgetauft worden. Eine Kundin vor mir verlangte eine „Zembrabrezel“. Die Verkäuferin sagte, dass es sich um eine Empfehlung der Bäckerinnung handele, da der Absatz von Russenbrezeln wegen des Angriffskrieges auf die Ukraine stagniere. So hat der Konflikt ein weiteres Opfer gefunden. Conrad Fink, Freiberg a. N.